

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>20.04.2024</b>
Thema	<b>Parteien</b>
Schlagworte	<b>Innere Sicherheit</b>
Akteure	<b>Freisinnig Demokratische Partei, Die Liberalen (FDP), Schweizerische Volkspartei (SVP)</b>
Prozesstypen	<b>Keine Einschränkung</b>
Datum	<b>01.01.1990 - 01.01.2020</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Beer, Urs  
Bernath, Magdalena  
Bühlmann, Marc  
Rinderknecht, Matthias

## Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Bernath, Magdalena; Bühlmann, Marc; Rinderknecht, Matthias 2024.  
*Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Innere Sicherheit,  
Schweizerische Volkspartei (SVP), Freisinnig Demokratische Partei. Die Liberalen  
(FDP), 1991 – 2012.* Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft,  
Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 20.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	<b>1</b>
Parteien	1
Parteiensystem	1
Grosse Parteien	1

## Abkürzungsverzeichnis

**UNO** Organisation der Vereinten Nationen  
**EU** Europäische Union  
**NATO** North Atlantic Treaty Organization

---

**ONU** Organisation des Nations unies  
**UE** Union européenne  
**OTAN** L'Organisation du traité de l'Atlantique nord

# Parteien, Verbände und Interessengruppen

## Parteien

### Parteiensystem

PARTEICHRONIK  
DATUM: 29.10.1993  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Unter dem **Schlagwort Innere Sicherheit** forderten die bürgerlichen Regierungsparteien eine verstärkte direkte Bekämpfung der Kriminalität und die **Prävention von Gewaltverbrechen**. Mit der Wahl dieses Themas sollte nicht zuletzt auch die **Attraktivität der bürgerlichen Parteien** gegenüber den ganz rechts stehenden populistischen Parteien erhöht werden. Ausserdem wurde damit auch ein Schwerpunkt für die Kampagnen zu verschiedenen anstehenden kantonalen und kommunalen Wahlen gesetzt.<sup>1</sup>

### Grosse Parteien

PARTEICHRONIK  
DATUM: 16.02.1991  
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die SVP verabschiedete an der Delegiertenversammlung in Freiburg vom 16. Februar ihr **Parteiprogramm 91**. Im über 60 Seiten umfassenden Dokument wurden sämtliche für die SVP wesentlichen Politikbereiche abgehandelt, wobei sich die Partei in den Fragen der **europäischen Integration** sowie in der **Aussen- und Sicherheitspolitik** einen **grossen Interpretationsspielraum** liess. Herausstechend war die Forderung nach einem Gemeinschaftsdienst für Männer und Frauen. In den Bereichen Asyl- und Ausländerpolitik und Drogen zeigte die SVP eine restriktive Haltung. In der Frauenpolitik konnten zwar das Lohnleichheitsgebot für Mann und Frau sowie ein gesetzliches Diskriminierungsverbot bei einer Mehrheit Gnade finden, eine Quotenregelung für die Besetzung von wichtigen Parteigremien wurde hingegen abgelehnt.<sup>2</sup>

PARTEICHRONIK  
DATUM: 29.12.1998  
URS BEER

Als Ziel für die Nationalratswahlen von 1999 gab die SVP den Erhalt der 1995 eroberten Sitze bekannt. Der Zentralvorstand der SVP Schweiz legte Ende Jahr ein neues Parteiprogramm vor, das an der Delegiertenversammlung vom 23. Januar 1999 verabschiedet werden soll. Nach den Wahlerfolgen der letzten Jahre sah die **Parteileitung keinen Grund, ihren prononciert konservativen und mittelständischen Kurs zu ändern**. Die Stossrichtung der Wahlplattform 1999 wendet sich energisch gegen neue Steuern und setzt aussenpolitischen Aktivitäten enge Grenzen. Aus neutralitätspolitischen Gründen lehnte die Partei einen UNO- oder NATO-Beitritt ab; auf integrationspolitischer Ebene beharrte sie auf ihrer Forderung, dass der Bundesrat sein EU-Beitritts-Gesuch zurückziehen soll. Statt dessen sah die Partei in guten bilateralen Abkommen eine echte Alternative zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und den europäischen Ländern, unter der Voraussetzung, dass die Abkommen ausgewogen seien. In der Sicherheitspolitik forderte sie ein verstärktes Engagement zur Verbesserung der inneren Sicherheit; ausdrücklich befürwortet wurden subsidiäre Einsätze der Armee im Landesinnern.<sup>3</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 11.02.2003  
MAGDALENA BERNATH

Als letzte der vier Bundesratsparteien stellte die FDP ein **Positionspapier zur „Bürgersicherheit“** vor. Basierend auf den vier Säulen Prävention, Repression, Therapie und Reparation wollte sie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger erhöhen. Bei Themen wie der Strafbarkeit des Cannabis-Konsums oder der Videoüberwachung im öffentlichen Raum waren die Freisinnigen jedoch uneins.<sup>4</sup>

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN  
DATUM: 18.05.2010  
MARC BÜHLMANN

In einem im Mai präsentierten Positionspapier setzte sich die FDP mit der **Sicherheitspolitik** auseinander. Darin fordert sie eine Verschärfung des Strafrechts, die Schaffung einheitlicher Rechtsgrundlagen für die Videoüberwachung und ein härteres Durchgreifen der Ordnungsmächte bei Demonstrationen. Eine von den beiden Regierungsrätinnen Jacqueline de Quattro (VD) und Karin Keller-Sutter (SG) angeführte Arbeitsgruppe soll konkrete Massnahmen vorschlagen, wie der Zunahme der Gewalt in der Schweiz vorgebeugt werden kann.<sup>5</sup>

Die Ankündigung der SVP, wie bereits 2007 auch vor den Wahlen 2011 eine **Wahlveranstaltung auf dem Bundesplatz** veranstalten zu wollen, rief nicht nur unliebsame Erinnerungen an die damaligen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Verletzten und hohem Sachschaden wach, sondern auch die Stadt Bern auf den Plan, die für die Organisation der Platzbenutzung verantwortlich ist. Auch die SP und die Gewerkschaften hatten für Oktober ein Demonstrationsgesuch eingereicht. Weil nur noch ein Datum frei sei und keine der beiden Parteien bevorzugt werden sollte, schlug Reto Nause (cvp), Sicherheitsdirektor der Stadt Bern, ein Ersatzdatum am 10. September vor, das die SVP nach vorgängiger Weigerung schliesslich akzeptierte. Die als Familienfest angekündigte Wahlmanifestation provozierte die Ankündigung einer Gegenveranstaltung in der Berner Reitschule. Das SVP-Fest wurde in der Folge von rund 1'000 Polizisten beschützt, die Bern in eine eigentliche Festung verwandelten. Die Kosten für das Sicherheitsdispositiv, die von den Berner Steuerzahlern berappt werden mussten, wurden auf CHF 1 Mio. geschätzt, was laute Kritik provozierte.<sup>6</sup>

Eine markante Verschärfung der Gesetze forderte die FDP in der **Sicherheitspolitik**. Bisher Domäne der SVP, wollte die FDP auch in diesem Politikfeld Präsenz markieren. Mit Schnellverfahren gegen Kleinkriminelle, einer Aufstockung der Polizeicorps, härteren Urteilen gegen Drogenkriminelle und einer Erhöhung der Gefängnisstrafen wollen die Freisinnigen die steigende Kriminalität in den Griff bekommen. In einer Medienpräsentation zeichneten die beiden in ihren Kantonen für die Sicherheit zuständigen Regierungsräte Jacqueline de Quattro (VD) und Pierre Maudet (GE) sowie Nationalrat und Stadtpräsident von Solothurn Kurt Fluri ein düsteres Bild von der Sicherheitslage in der Schweiz. Problem seien insbesondere die laschen nationalen Gesetze. Nur mit Repression und einer härteren Gangart durch die Justiz könne die Sicherheit im Land verbessert werden.<sup>7</sup>

---

1) Bresche Magazin (1993) Nr. 6, S. 7 ff. ; SoZ vom 17.8.93; BZ vom 29.10.93

2) Presse vom 18.2.91.

3) NZZ und TA, 12.9.98; TA, 28.8.98; Bund, 16.9. und 22.9.98; BZ und Blick, 19.9.98; NZZ, 22.10. und 29.12.98

4) Presse vom 11.2.03.

5) NZZ, 18.5.10.

6) Presse vom 15.2., 26.3., 15.4.11; BZ, 31.8.11; TA, 10.9.11; Presse vom 12.9.11; BZ, 13.9.11.

7) NZZ, 27.10.12.